LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
18. Wahlperiode

Drucksache 18/1225
zu Drucksache 18/1060
30. 09. 2021

Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Patrick Kunz (FREIE WÄHLER)
– Drucksache 18/1060 –

Sicherheit im Ludwigshafener Stadtteil Hemshof

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 18/1060 –** vom 13. September 2021 hat folgenden Wortlaut:

Wiederholt berichtete DIE RHEINPFALZ im Lokalteil „Ludwigshafener Rundschau“ (neun Berichte im Zeitraum vom 12. Juli bis zum 11. August 2021) über Beschwerden von Anwohnern im Stadtteil Hemshof. Anwohner fühlen sich den Berichten zufolge durch illegale Müllablagerungen und Lärm belästigt, wozu es vorwiegend nachts kommt. Außerdem wird ein allgemeines Unsicherheitsgefühl beklagt. Im Viertel haben sich Rauschgiftdelikte im Zeitraum von 2016 bis 2020 mehr als verdoppelt. Zudem befürchten Anwohner den Berichten zufolge Repressalien ihrer Mitbürger, wenn sie öffentlich auf Missstände hinweisen.
Ludwigshafens Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck würde gerne mobile Kameraüberwachung im Kampf gegen illegale Müllablagerungen einsetzen (DIE RHEINPFALZ vom 12. Juli 2021).
Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. In welche Stundenanteile gliedern sich die einzelnen Aufgaben einer Polizistin bzw. eines Polizisten durchschnittlich im Verlauf eines Kalenderjahres in Ludwigshafen (bitte die einzelnen Aufgabengebiete auflisten)?
2. Wie oft liefen und fuhren im vergangenen Jahr Polizeistreifen nachts durch den Stadtteil Hemshof/Nord?
3. Ist eine Erhöhung der nächtlichen Präsenz von Ordnungskräften (Vollzugsdienst und Polizei) in diesem Gebiet geplant? Falls nein: warum nicht?
4. Aus welchen Gründen wird der Einsatz mobiler Kameraüberwachung im Kampf gegen illegale Müllablagerungen vonseiten der Landesregierung bisher abgelehnt?
5. Wie schätzt die Landesregierung die Notwendigkeit ein, für den Stadtteil Hemshof/Nord ein Sicherheitskonzept in Zusammenarbeit mit der Stadt Ludwigshafen auszuarbeiten, um den benannten Problemen so zu begegnen, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder mehr Lebensqualität und ein größeres Sicherheitsgefühl erfahren?
6. Mit welchen konkreten Maßnahmen unterstützt die Landesregierung derzeit und künftig die Stadt Ludwigshafen bei der Verbesserung der oben dargestellten Situation?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 30. September 2021 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Eine statistische Erhebung der Stundenanteile nach unterschiedlichen Aufgabenfeldern von Polizeibeamtinnen und -beamten erfolgt nicht. Vielmehr orientiert sich der jeweilige Kräfteansatz an der Wahrnehmung der polizeilichen Kernaufgaben. In diesem Rahmen sind auch die unterschiedlichen Funktionen und Spezialisierungen zu berücksichtigen.

Zu Frage 2:

Im polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystem POLADIS werden lediglich Fußstreifen statistisch erfasst. Nach Mitteilung des Polizeipräsidiums Rheinpfalz wurden im Zeitraum vom 30. August 2020 bis 29. August 2021 in der Zeit von 19.00 Uhr bis 6.00 Uhr 43 Fußstreifen dokumentiert. Daneben wird der Stadtteil Hemshof/Nord mehrmals täglich mit Funkstreifenwagen bestreift. Eine statistische Erhebung dieser Fahrzeugstreifen erfolgt nicht. Eine valide Aussage ist hierzu nicht möglich.

Zu Frage 3:

Nach Mitteilung der Stadtverwaltung Ludwigshafen sind die Planstellen für den kommunalen Vollzugsdienst von 20 Stellen im Jahr 2005 auf 48 Stellen im Jahr 2021 erhöht worden. 32 Stellen sind aktuell besetzt, wobei die offenen Stellen derzeit ausgeschrieben sind. Das Gebiet in Hemshof ist fester Bestandteil der täglichen Kontrollen des kommunalen Vollzugsdienstes. Durch bereichsübergreifende Zusammenarbeit wird die Präsenz weiter intensiviert.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 10. Dezember 2021

Nach Mitteilung des Polizeipräsidiums Rheinpfalz befindet sich die nächtliche polizeiliche Präsenz im Stadtteil bereits auf einem hohen Niveau. Eine weitere Erhöhung ist daher, auch unter Zugrundelegung der objektiven Kriminalitätslage, gegenwärtig nicht beabsichtigt.

Zu Frage 4:

Der Einsatz einer mobilen Kameraüberwachung wird vonseiten der Landesregierung nicht grundsätzlich abgelehnt. Wie die Stadtverwaltung Ludwigshafen mitgeteilt hat, wird derzeit eine Konzeption für die Kameraüberwachung erarbeitet und mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit abgestimmt.

Zu den Fragen 5 und 6:

Bei der Polizeiinspektion Ludwigshafen 2 besteht bereits seit dem Jahr 2015 eine integrative Einsatzkonzeption, die regelmäßig fortgeschrieben wird. Es existieren verschiedene Kooperationsformen mit städtischen Verantwortungsträgern wie beispielsweise gemeinsame Streifengänge mit dem kommunalen Vollzugsdienst sowie eine beschleunigte Bearbeitung von festgestellten Verkehrsverstößen durch eine enge Kommunikation mit dem Bereich „Verkehrsüberwachung“ der Stadt Ludwigshafen am Rhein.

Darüber hinaus widmen sich vielfältige Projekte und mehrere Gremien seit Jahren den im Stadtteil Hemshof benannten Problemstellungen. Der interdisziplinär besetzte Arbeitskreis (AK) „Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit“ sowie der dem Kriminalpräventiven Rat der Stadt Ludwigshafen zugehörige AK „Nördliche Innenstadt“ greifen thematisch und regional die genannten Problemstellungen auf. Auch der zurzeit in der Entstehung befindliche behördenübergreifende AK „Öffentlicher Raum“ zielt darauf ab, Brennpunkte zu identifizieren und Optimierungsvorschläge zu erarbeiten. Daneben ist der AK „Sucht“ im Stadtteil Hemshof mit entsprechenden Angeboten im Bereich der Suchtbekämpfung aktiv.

Auf Basis der jeweiligen Lageanalyse und -bewertung wird die Polizei auch künftig Projekte initiieren sowie Maßnahmen vornehmen, die einer weiteren positiven Entwicklung des Stadtteils Hemshof förderlich sind. Sie steht den verantwortlichen Stellen weiterhin als Netzwerkpartner zur Verfügung.

Roger Lewentz
Staatsminister